

Justizsenatorin im Kreuzfeuer der Kritik



Frank Henkel

Nach der Flucht eines Schwermisinnellen während eines Freigangs steht Justizsenatorin Schubert im Zentrum der Kritik. Erst nach einer Woche konnte der Flüchtige von Sonderermittlern gestellt werden.

Die Berliner CDU zeigte sich nach den eklatanten Pannen der Justiz entsetzt und warf der SPD-Senatorin politisches Versagen

vor. Der Generalsekretär der Berliner Union und innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Frank Henkel, übte heftige Kritik: „Frau Schubert ist nicht in der Lage, die Sicherheit der Berliner zu gewährleisten. Sie persönlich hat nach einem ähnlichen Fluchtvorgang im Jahr 2003 versprochen, dass fortan nur noch männliche Begleiter an der Seite männlicher `Ausgänger` eingesetzt würden. Nun konnte jedoch erneut ein zu 12 Jahren Haft ver-

urteilter Schwermisinneller auf einem Ausgang mitten in Berlin fliehen, da die ihn begleitende Sozialarbeiterin nicht auf die Herrentoilette folgen konnte.“ Dank eines Kraftaktes der Polizei konnte der Kriminelle Ismail F. gestellt werden – die Fragen aber bleiben. Die Berliner CDU-Fraktion richtete einen umfangreichen Fragenkatalog an die SPD-Senatorin. Gleichzeitig wurde Schubert aufgefordert, den Vorfall schnell und umfassend aufzuklären. Henkel kritisierte auch Innensena-

tor Körting: „Der Skandal um den Straftäter Ismael F. wirft nicht nur Fragen bezüglich seiner Flucht auf, sondern auch bezüglich der danach eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen.“ Bei dem Flüchtigen handele es sich um einen Schwerverbrecher, der bei seiner ersten Festnahme mehrere schwere Schusswaffen bei sich gehabt habe und Mithäftlingen zufolge extrem gewaltbereit sei. Trotzdem habe die Polizei laut Presseberichten erst nach Tagen ein Fahndungsfoto heraus-

gegeben. Eine der Ursachen für diese Probleme läge in der unverantwortlichen rot-roten Streichpolitik im Polizeihaushalt. Henkel: „Die Waffengleichheit mit den Kriminellen ist schon längst nicht mehr gewährleistet. In vielen Fällen ist die Polizei einfach unterlegen und durch die Sparpolitik des Senats personell überfordert. Der Skandal um Ismail F. offenbart erhebliche Defizite bei der Inneren Sicherheit in der Hauptstadt. Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif.“

Gaspreise steigen - Senat in der Verantwortung



Uwe Goetze

Die Berliner GASAG hat angekündigt, die Gaspreise zum Jahreswechsel erneut zu erhöhen. Erst im Oktober wurden die Preise um rund elf Prozent angehoben. Die Berliner CDU kritisierte diese Entscheidung und warf dem Senat vor, sich nicht entschieden für die Belange der Verbraucher einzusetzen.

Der umweltpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Uwe Goetze, reagierte mit Unverständnis auf die Ankündigung des

größten kommunalen Gasversorgers in Deutschland. Es gebe keine realen Kostensteigerungen, mit denen die GASAG diesen nächsten Griff in die Taschen von Privatverbrauchern und Unternehmen rechtfertigen könne. Diese Preissteigerung führe zu einer unverantwortlichen Mehrbelastung für die Berlinerinnen und Berliner und sei sozial sowie arbeitsplatzgefährdend. 700.000 Kunden

der GASAG wären von der Preiserhöhung betroffen. Goetze nahm auch den rot-

GASAG kein Wettbewerb möglich. Damit die GASAG von der Entwicklung auf



Foto: GASAG

roten Senat in die Verantwortung: „In Berlin ist durch die Monopolstellung der

dem Ölmarkt nicht mehr abhängig ist und transparente und wettbewerbsfähige

Preise anbieten kann, muss der Gaspreis vom Ölpreis entkoppelt werden. Dafür muss der Senat sich auf Bundesebene einsetzen. Die Preisbindung sollte ursprünglich Kunden vor großen Preisschwankungen beim Gas schützen und Gas konkurrenzfähig zum Öl machen. Dies hat sich nun ins Gegenteil verkehrt. Die Kopplung entfaltet keine Bremswirkung mehr, sondern wirkt beim Gas preistreibend.“ Der CDU-Politiker forderte den Senat auf, sich mit Nachdruck für die Rücknahme der Erhöhung und damit für den Schutz der Verbraucher einzusetzen.

U55: Stummelbahn-Desaster zur Fußball-WM 2006



Alexander Kaczmarek

Zur FIFA-WM 2006 wird es trotz der Ankündigung des Senats, das Projekt im Zeitplan zu beenden, keine durchgehende Bahnverbindung zwischen dem Hauptbahnhof und dem Brandenburger Tor geben.

Damit droht sich Berlin im nächsten Jahr vor Millionen Fußballfans zu blamieren. Der verkehrspolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Alexander Kaczmarek, bezeichnete die Nachricht der BVG, dass die

U55 wegen Bauverzögerungen nicht rechtzeitig zur WM 2006 fertig werde, als schlechten Scherz. Kaczmarek: „Schon die U55-Stum-

melbahn an sich ist einer Hauptstadt unwürdig. Ein stattdessen geplanter verkürzter Shuttle-Service vom Reichstag zum Hauptbahn-

hof setzt dem ganzen Vorhaben die Krone auf. Was mit der U55-Linie vorher schon verkehrspannerisch mehr als zweifelhaft gewesen sei, ist

jetzt umso mehr unsinnig und verkehrspolitisch peinlich.“ Kaczmarek sprach sich stattdessen für eine verkehrspolitische sinnvolle Lösung aus: „Grundsätzlich und unabhängig von der WM 2006 braucht Berlin ein leistungsfähiges und modernes Verkehrsnetz in der City Ost. Das ist nur mit einer U 5 vom Hauptbahnhof/Lehrter Bahnhof über den Alexanderplatz gewährleistet. Auf kostspielige und verkehrlich zweifelhafte Zwischenlösungen sollte Berlin verzichten, sondern stattdessen die wichtige Cityverbindung U5 bis zum Alex zügig herstellen“.

